

Beerdigungshelfer statt Ärzte Hätten die Streikenden von AEG gewinnen können? - fragt Dieter Wegner*

Nach mehr als fünf Wochen Streik haben die Beschäftigten von AEG/Elektrolux in Nürnberg in einer Urabstimmung mit 81 Prozent für die Annahme eines so genannten "Sozialtarifvertrags" gestimmt, auf den sich IGM und Elektrolux zuvor geeinigt hatten und der zugleich den nun geltenden Sozialplan darstellt. 17 Prozent votierten gegen die Empfehlung der IGM und damit gegen die Vereinbarung, nach der das Werk, wie von Elektrolux geplant, bis Ende 2007 geschlossen und damit fast alle 1 700 Arbeitsplätze abgebaut werden. Das Ergebnis beinhaltet eine Vorruhestandsregelung mit 81-85 Prozent des letzten Nettoeinkommens für ältere Beschäftigte ab dem 53. Lebensjahr und mit mindestens 23-jähriger Betriebszugehörigkeit. Die überwältigende Mehrheit der Beschäftigten wird in eine Beschäftigungsgesellschaft bei 70 Prozent der letzten Bezüge überführt und erhält eine Abfindung von 1,8 Monatsgehältern pro Beschäftigungsjahr, limitiert auf ein maximales Bruttoeinkommen von 4.500 Euro. Der kurz vor der Urabstimmung verfasste Beitrag von Dieter Wegner, aktiv im Jour Fixe Gewerkschaftslinken Hamburg (gehört zur bundesweiten Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken) versucht eine Bewertung dieses Streiks und seines Ergebnisses.

IGM und Elektrolux haben sich geeinigt. Für IGM-Vize Berthold Huber ist es "ein gutes Ergebnis unter den gegebenen Umständen". Der Erhalt der Arbeitsplätze sei "an der rigorosen Haltung der Arbeitgeber gescheitert". Sogar das Handelsblatt ist da realistischer, wenn es feststellt: "Und tatsächlich sind die AEG-Mitarbeiter trotz der nach mehr als fünf Wochen Streik erzielten Einigung letztlich die großen Verlierer dieses Arbeitskampfes. Für die meisten von ihnen dürfte es schwierig sein, in der Region um Nürnberg einen angemessenen Job zu finden". (Handelsblatt v. 28.2.06).

Je länger KollegInnen streiken wollen und sollen, umso klarer müssen sie ein Ziel und den Weg dorthin vor Augen haben. Immerhin 96 Prozent hatten für Streik votiert, und ein gemeinsames Ziel hatten sie auch: Das Werk sollte erhalten bleiben. Der Weg zum Ziel wäre aber keiner von reinen Tarifverhandlungen mehr gewesen, sondern hätte ein politischer werden müssen. Die ersten Schritte dieses Weges sind die KollegInnen von sich aus gegangen: Es gab Besuche bei Streikenden, z.B. in Düsseldorf bei den KollegInnen von Gate Gourmet, die sich seit mittlerweile fünf Monaten im Streik befinden, oder beim Baumaschinenhersteller CNH in Berlin-Spandau.

Diesen Weg weiterzugehen hätte bedeutet, *systematisch* Besuche von AEG-Delegationen zu organisieren bei bestreikten Betrieben in der Republik und umgekehrt deren Delegationen zu empfangen. Die augenblickliche Lage in Deutschland wäre dafür sehr günstig gewesen angesichts der verdi- und IGM-Streiks und der vielen Einzelstreiks (über die oben erwähnten hinaus z.B. bei der Ostseezeitung in Rostock).

Die entstehende gesellschaftliche Unruhe hätte etwas bewegen können: Die Forderung nach Verstaatlichung und Weitergabe des AEG-Betriebes in die Hände der Belegschaft wäre vielleicht nicht mehr ganz so utopisch, sondern plausibel gewesen. Die gegenseitigen Besuche hätten jedoch nicht nur den notwendigen politischen Druck erzeugt, sondern wären auch für *alle* eine Lehrstunde der Solidarität gewesen – und es hätten Feste der Kommunikation und der Lebensfreude werden können. Eine Ahnung von diesem Weg haben wir bereits bekommen.

Dass die Gewerkschaftsführungen mit ihrer bereitwillig angenommenen Rolle, für Ruhe beim Hecken von Mehrwert zu sorgen, diesen Weg fürchten, sollte uns weder überraschen noch hindern, das Nötige in der Zukunft zu tun.

Es bleibt nur die Frage: Was haben die KollegInnen (und was haben wir) aus dem AEG-Streik gelernt?

- Hohe Profite sind keine Garantie für den Arbeitsplatz. AEG schrieb schwarze Zahlen. Das Werk des Armaturenherstellers Grohe in Herzberg hatte sogar eine Rendite von 20,4 Prozent, als die Private Equity-Firma Texas Pacific Group dort einstieg. Dennoch wurde das Werk geschlossen und die Produktion nach Thailand verlagert, wo über 30 Prozent Rendite erwirtschaftet werden.
- Es nützt nichts, mit den Ansprüchen runter zu gehen und mehr zu malochen. "Wir haben zuerst im 2-Schicht-System gearbeitet, dann 3, mittlerweile sind es 4 Schichten. Wir haben auch angeboten, 20 Stunden im Monat unbezahlt länger zu arbeiten", so der Kollege Ahmet Kaya gegenüber "Linksruck online" vom 27. Februar 2006. Auch die IGM war bereit, ein Drittel der Arbeitsplätze zu opfern.

Doch all diese Zugeständnisse lehnte Elektrolux-Chef Hans Straberg ab: "In unserer Branche reicht es nicht, die Löhne um 20 oder 30 Prozent zu senken". (Ebd.) Was also ist noch zu lernen? Wer in der Defensive bleibt, d.h. den Kampf auf AEG Nürnberg beschränkt, und wer sich, wie Berthold Huber, enttäuscht zeigt über "die rigorose Haltung der Arbeitgeber", von dem ist allerdings nicht zu erwarten, mit den kampfbereiten KollegInnen zusammen den Weg zum Sieg in einer Auseinandersetzung zu gehen. Ich denke, auch das haben die KollegInnen gelernt, und auch deswegen war der Kampf nicht umsonst. Sie haben erfahren, wer im eigenen Apparat auf ihrer Seite steht, und wer aus ihren eigenen Reihen fähig ist, den Streik über die begrenzten tariflichen und sozialpartnerschaftlichen Perspektiven hinaus in gesellschaftlichen Dimensionen weiterzuführen.

Die Situation für die IG Metall

In Deutschland gibt es kein Streikrecht, die Belegschaft eines Betriebes oder einer Branche, auch wenn sie sich einig sind, dürfen nicht streiken. Nur die Gewerkschaften dürfen nach dem Scheitern von Tarifverhandlungen Urabstimmungen durchführen lassen und gegebenenfalls zum Streik aufrufen. Dadurch geriet die IGM in die Zwickmühle, einerseits der Forderung der KollegInnen nachgeben zu müssen, die Werksschließung zu verhindern, andererseits aber nur tarifliche Forderungen stellen zu dürfen.

Deshalb auch die Konstruktion, so hohe Abfindungsforderungen zu stellen, dass es Elektrolux billiger käme, in Deutschland zu bleiben, als die hohen Abfindungen zu zahlen. Diese Ambivalenz war immer spürbar, so auch in der IGM-Zeitung (3/06), die mit der Überschrift: "Weg mit Straberg. AEG bleibt" aufwartete, dann aber hinterher schob: "Beschäftigte und IGM wollen das Werk erhalten, zumindest Abfindungen in Höhe von drei Monateinkommen." In einer Pressemitteilung von Elektrolux vom 28. Februar 2006 heißt es über die Kosten des nun vereinbarten sog. "Sozialtarifvertrags": "Elektrolux geht davon aus, dass die kompletten Kosten für die Schließung nach wie vor im früher kommunizierten Rahmen von etwa 240 Millionen Euro liegen werden". Noch im vergangenen Jahr hatte AEG Nürnberg 500 Millionen Euro Gewinn an Elektrolux überwiesen. Die Abfindungssumme lag somit wirklich "im Rahmen", und die IGM sollte sehr zurückhaltend mit Eigenlob sein.

Doch zum Wichtigsten, einer politischen Schlussfolgerung: In Deutschland muss ein direktes Streikrecht durchgesetzt werden. Die Menschen müssen streiken dürfen und dürfen nicht zu

Kriminellen werden, wenn sie sich gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze wehren. Das ist die politische Forderung des Tages, und die Linkspartei sollte sie sich auf die Fahnen schreiben. Oskar Lafontaine sagte letzten Herbst: Wir werden im Bundestag die Verhältnisse zum Tanzen bringen! Hier ist das Thema: Genosse Lafontaine, übernehmen sie!

Warum drängte die IGM-Führung auf Einigung?

Nürnberg's IGM-Vize Jürgen Wechsler erklärte laut Handelsblatt vom 1. März 2006, er sei davon überzeugt, dass die IG Metall letztlich zur rechten Zeit auf eine Einigung gedrängt habe. "Rechte Zeit" für wen? Weil im AEG-Werk in Polen - kurz vor der Verhandlungslösung zwischen IGM und Elektrolux - bereits die Teile ausgingen, die in Nürnberg hergestellt wurden? "Rechte Zeit" für einen Kompromiss, bei dem sicher ist, dass er mehr als 25 Prozent Zustimmung erhält? Jedenfalls ist er so geschneidert worden: Die Älteren über 53 Jahre hätten ihr Schäfchen im Trockenen, sie bräuchten ab sofort nicht mehr zu arbeiten und erhielten eine Aufstockung des Arbeitslosengeldes auf 85 Prozent bis zur Rente - da muss jede/r zulangen. Schlau kalkuliert von der IGM-Führung, so bekommt man die 25 Prozent Zustimmung zusammen. Der große Rest jedoch ist das Opfer. Die Mehrheit der Beschäftigten dürfte Schwierigkeiten haben, in der Region um Nürnberg einen angemessenen Ersatzjob zu finden, wenn die Beschäftigungsgesellschaft nach einem Jahr endet. Die IGM jedoch brüstet sich in ihrer Presseerklärung vom 28. Februar 2006: "Ergebnis setzt Zeichen. Nur durch den Streik konnte ein Sozialtarifvertrag durchgesetzt werden, der neue Maßstäbe in Deutschland setzt. ,Wir brauchen uns mit dem erzielten Ergebnis nicht verstecken. Dieser Sozialtarifvertrag toppt alles, was in Deutschland bisher vereinbart wurde', schätzen die Streikleiter Harald Dix und Jürgen Wechsler ein (...) Bisher galt der Infineon-Sozialtarifvertrag als beispielhaft, in dem 1,3 Monatsgehälter pro Beschäftigungsjahr geregelt sind".

Streikergebnis: Spaltung der Belegschaft

Eine starke Minderheit profitiert in der Tat von dem Ergebnis, die Mehrheit aber steht nach ein oder zwei Jahren vor ALG II, d.h. Sozialhilfe. Und was ist mit den Kindern und Jugendlichen, die in einigen Jahren in der Traditionsfirma AEG hätten anfangen wollen? Die Spaltungspolitik ist keine Errungenschaft allein der IGM, wir brauchen uns nur den Tarifvertrag Öffentlicher Dienst (TVöD) anzusehen, wo das Leistungsprinzip eingeführt wurde, mit dem ältere KollegInnen weniger Lohn erhalten. Oder den Abschluss für die Beschäftigten der Kommunalbetriebe in Hamburg: Bei zehn Beschäftigten in einer Abteilung dürften demnach künftig zehn unterschiedliche Arbeitszeiten gelten. Auch hier findet ein Ausspielen Ältere gegen Jüngere und umgekehrt statt. Angetreten waren die Gewerkschaften in ihrer Entstehungszeit mit dem entgegengesetzten Prinzip: Einheit und Solidarität gegen die Spaltungsabsichten der Arbeitgeber. Was die Gewerkschaftsführungen jetzt praktizieren, ist die Zersetzung des eigenen Ladens. Wenn Gewerkschaften jemals Arzt am Krankenbett des Kapitalismus waren, wie Gewerkschaftsführer Tarnow zur Zeit der Weimarer Republik behauptete, so sind sie heute jedenfalls zu Helfern im Beerdigungsgewerbe herabgesunken.

Ein Blick nach Polen

Die AEG-Werke, die in Deutschland geschlossen werden, sollen in Polen und Italien aufgebaut werden. Standortdenken und Egoismus dürften dort genauso verbreitet sein wie hier - mitnichten handelt es sich dabei nur um ein Produkt der Propaganda der Geschäftsleitungen, sondern

gleichermaßen von Seiten vieler Betriebsräte und der Gewerkschaftsführungen. Ein Argument der polnischen KollegInnen dürfte sein: Jahrzehnte hattet ihr sichere Arbeitsplätze und gute Löhne, jetzt sind wir auch mal dran. Der Sinn von Kontakten zu polnischen oder italienischen KollegInnen kann also nicht sein, sie aufzufordern, auf das AEG-Werk in Polen oder Italien zu verzichten. Es geht darum, so utopisch das auch klingt, die gemeinsame Einsicht zu fördern, welche gigantische Kapitalvernichtung betrieben wird mit der Verlagerung von Produktion - und welche Abzocke von Subventionen in Deutschland, Polen, Italien und bei der EU. Es geht darum, sich klar zu werden, dass nur durch die Beseitigung des Kapitalverhältnisses der Weg frei ist für eine humane und rationale Produktion und Versorgung der Weltbevölkerung mit "weißer Ware". Auf dieser Ebene kann dann über ökologisch und ökonomisch sinnvolle Standorte entschieden werden. Eines ist jetzt schon sicher: Die AEG-Standorte werden weder in Polen noch in Italien so lange stehen, wie sie in Deutschland gestanden haben. Es dürfte ihnen so ergehen wie Firmen in der Textilbranche: Im Zeitraum nach 1989 wanderten Werke zunächst von Westdeutschland nach Ostdeutschland, dann nach Osteuropa und in der Folge nach Asien.

Für was stehen AEG - und Gate Gourmet?

Egal, wie die Urabstimmung über die Annahme des "Sozialtarifvertrags" ausgeht: Die KollegInnen haben über fünf Wochen durchgehalten und Einigkeit praktiziert. Sie haben geglaubt, ihre Arbeitsplätze (und die für ihre Kinder) halten zu können. Sie haben der Taktik der Gewerkschaftsführung vertraut, die Abfindungsforderungen möglichst hoch zu schrauben, damit Elektrolux in Nürnberg bleibt, statt nach Polen zu gehen. Wie die KollegInnen von Grohe in Herzberg werden sie einen Großteil ihres Glaubens an den Kapitalismus verloren haben und auch den an die Weisheit der Gewerkschaftsführer. Sie haben ihre Arbeitsplätze nicht durch mangelnde Kampfbereitschaft verloren, sondern weil sie noch nicht den Weg aus ihren Begrenzungen gefunden haben.

Und dann gibt es noch die 83 Beschäftigten des Cateringunternehmens Gate Gourmet in Düsseldorf, die jetzt seit fünf Monaten streiken. Gate Gourmet gehört übrigens wie Grohe zur Texas Pacific Group. Wofür steht *ihr* Streik? Auch bei ihnen ist keiner der Streikenden in die Firma zurückgegangen. Die KollegInnen von AEG hatten das politische Potential, in Deutschland einen Flächenbrand des Protestes und der Solidarität zu entfachen, aufgrund des Namens und der Größe der Firma. Diese Möglichkeit haben die Kämpfenden von Gate Gourmet aufgrund der vergleichsweise bescheidenen Größe ihres Unternehmens sicher nicht. Die politische Bedeutung des Gate Gourmet Streiks liegt aber im Willen, in der Kampfkraft der Streikenden, der sich in der Dauer des Kampfes und in den Entbehrungen ausdrückt, in der Entwicklung von Menschlichkeit und Moral. Es lässt aufleuchten, was in Deutschland an Widerstand möglich ist.

Nach der absehbaren Beendigung des AEG-Streiks (interessant ist nur noch, wie viele KollegInnen den Abschluss ablehnen werden) wird es sicher einige linke Gruppen geben, die den Streik kurzschlüssig als Niederlage werten und alle Schuld der Gewerkschaftsführung anlasten werden. In dieses Schema sollten wir nicht verfallen. Die Rolle des Gewerkschaftsapparates und der Gewerkschaftsführung (einschließlich unterschiedlicher Positionen von Peters und Huber) muss zwar sorgfältig analysiert werden. Die Überschreitung von Grenzen sollten wir jedoch weder vom Apparat noch von den Gewerkschaftsführungen erwarten. Das kann nur durch die Belegschaft selbst und ihre fortgeschrittensten Teile geschehen.

"Warum, warum, warum sind wir nicht nach Versailles marschiert..." heißt es in der "Proletenpassion" der "Schmetterlinge" zur Pariser Commune 1871. Warum, warum sind wir nicht in die Republik ausgeschwärmt, haben allerorten für Aufklärung und Unruhe gesorgt? Aber

die Gedanken erweitern sich erst während des Streiks, nachdem man an die Grenzen bisheriger Methoden und Traditionen gelangt ist und auch die Einigkeit und die eigene Kraft gespürt hat. Solidarität aus Nürnberg und Umgebung und die vielen Besuche reichten nicht aus, die Grenzüberschreitung wäre das systematische und organisierte Ausschwärmen in die Republik gewesen. Es wäre allerdings ein Test gewesen für praktische Solidarität, nämlich die Protestkundgebungen und Veranstaltungen in der jeweiligen Stadt zu organisieren. Der AEG-Streik wurde in Deutschland passiv erlebt, als TV-, Internet und Zeitungsereignis. Er hätte aber als aktives Ereignis in vielen, vielen Städten organisiert werden müssen. So wäre der Streik für die Kapitalseite zu etwas Unberechenbarem geworden.

Ausblick ins Prekariat

“Unsere Zukunft heißt ALG II”, folgert ein unbekannt bleiben wollender Kollege, nachdem er eine realistische Bestandsaufnahme für sich und seine KollegInnen aufgrund des Abschlusses gibt (Junge Welt v. 6.3.06). Wir müssen ihn etwas korrigieren, seine und die fast aller seiner Kollegen Zukunft heißt Prekariat, oder genauer: Wahrscheinlich häufiger Wechsel von prekärem Arbeitsverhältnis und ALG I und ALG II. Es wird tausende kleiner und größerer AEG's geben, die in den nächsten Jahren geschlossen werden, hoffen wir mit Wehren und Widerstand. Die Angst, das Gefühl, mit dem Rücken zur Wand zu stehen und nichts mehr zu verlieren zu haben, wird die Belegschaften antreiben. Es gibt schon sieben bis zehn Millionen prekärer Beschäftigungsverhältnisse, jährlich kommen hunderttausende hinzu (die Zahl der Normalarbeitsverhältnisse ist von 29 auf 26 Millionen in den letzten zwölf Jahren gesunken). Die Arbeits- und Lebenswelt wandelt sich extrem schnell. Die soziologische Zusammensetzung läßt sich wie folgt beschreiben: A) Menschen, die ihren bisherigen Vollzeitarbeitsplatz verloren haben. B) MigrantInnen, die sich mit derartigen Jobs über Wasser halten. C) AkademikerInnen ohne Chancen auf adäquaten Job. D) Schul- und BerufsschulabgängerInnen ohne Aussicht auf einen Vollzeitarbeitsplatz.

So wie sich jetzt zunehmend Widerstand in den Betrieben entwickelt angesichts des Generalangriffs von Kapital und herrschenden Parteien auf alle Lebensbereiche, werden in Zukunft die Kämpfe der prekär Beschäftigten mit denen der in Normalarbeitsverhältnissen sich Befindlichen zusammengeführt werden müssen. Dies scheint schwierig angesichts der extrem unterschiedlichen Arbeitsverhältnisse und Lebenserfahrungen. Aber betrachten wir die Unterschiedlichkeit nicht als Negativum sondern als Chance: den 28 jährigen Akademiker, mit Kenntnis mehrerer Sprachen, PC-Spezi, den 40 jährigen ehemaligen Facharbeiter mit Streikerfahrung, die 30 jährige Migrantin mit Lebens- und Berufserfahrung in verschiedenen Kulturen. Wieviel Erfahrung kommt da zusammen, wieviel Dynamik kann da freigesetzt werden. Erfahrung und Dynamik, die *uns* nutzen und nicht dem Klassenfeind.

Das letzte Spiel – der Kampf geht weiter

81 Prozent haben für den Abbruch des Streiks bestimmt. Streikleiter Jürgen Wechsler zeigt sich “hoch zufrieden” mit dem Ergebnis. “Das ist die höchste Zustimmung, die in Deutschland bei einem Sozialtarifvertrag erreicht wurde”. (Yahoo-Nachrichten v. 7.3.06). Zu fragen ist jedoch, wie viele nicht gegen die Fortführung des Streiks waren sondern sich eine Weiterführung mit dieser Jubelführung nicht vorstellen konnten.

Betrachten wir den AEG-Streik mal mit der Brille eines Fußball-Fanatikers: Nach kämpferischem überlegenem Spiel schießt der Spielführer in der 90. Minute ein Eigentor und in den drei Minuten Nachspielzeit sammelt der Gegner dann drei weitere Dinger rein. Der Spielführer (die IGM-Führung) bejubelt die Niederlage als Erfolg, weil man gegen den Tabellenführer bis zur 90. Minute das 0.0 gehalten habe – obwohl die Niederlage den Abstieg aus dem bezahlten Fußball

bedeutet! Dann betont er vor den Kameras die Rekordeinnahme des letzten Spiels, eine derartig hohe Einnahme habe noch keine andere abgestiegene Mannschaft im letzten Spiel erzielt. Er kommt zur Ursachenforschung: Der Gegner wollte nicht, daß wir gewinnen (Der Erhalt der Arbeitsplätze sei an der rigorosen Haltung der Arbeitgeber gescheitert – so IGM-Vize Huber). Die Regeln des Fußballspiels müssen geändert werden. (Dieses oberste Ziel, die Erhaltung der Arbeitsplätze, konnte nicht erreicht werden, weil die politischen und rechtlichen Voraussetzungen in Deutschland dafür fehlten – so Streikleiter Jürgen Wechsler). Es gab mal einen Bundestrainer, Sepp Herberger, der haderte nie mit dem Schicksal und beschönigte nie, er stellte einfach fest: Der Ball ist rund. Wann hören die Gewerkschaftsführer auf zu jammern und akzeptieren die Wirklichkeit: Es ist Klassenkampf.

Dieter Wegner